

Jeder kann ins Gefängnis kommen, sagt der Chef der JVA Tegel – Seite 16

# Berliner Zeitung

Freitag, 30. Juni 2015 Nr. 149 HA - 71. Jahrgang

[www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de)

1.20 € Berlin/Brandenburg - 1.30 €



Nur im Stau – hier auf der Köhlbrandbrücke in Hamburg – sind alle Lastwagenfahrer gleich.

# Sozialdumping auf deutschen Straßen

## Der Spediteure-Berufsverband Camion Pro klagt: Osteuropäische Fahrer bekommen keinen Mindestlohn

VON THOMAS MAGENHEIM

Spediteure aus Osteuropa unterlaufen auf deutschen Straßen flächendeckend den geltenden Mindestlohn. Das hat der Berufsverband Camion Pro nach eigenen Angaben durch Umfragen unter osteuropäischen Lkw-Lenkern ermittelt. Statt brutto mindestens 8,50 Euro pro Stunde seien es tatsächlich zwischen zwei und vier Euro, sagt Camion-Pro-Vorstand Andreas Mossysch am Montag in München. „Das ist Sozialdumping.“ Dabei werde auch massiv gegen die geltende Regel verstoßen, nach der ausländische Lkw-Fahrer, die Waren nach Deutschland geliefert haben, hierzulande nur eingeschränkt neue Aufträge abfahren dürfen. Sie seien aber oft monatelang in Deutschland unterwegs.

### Jährlich 50 Pleiten

Billiganbieter aus Osteuropa fahren in Deutschland mittlerweile über ein Viertel aller Lkw-Kilometer, schätzen Experten. Das treibe immer mehr deutsche Spediteure in den Ruin, sagt Mossysch. Allein in seinem Verband zähle er jährlich rund 50 Pleiten. Große Spediteure, auch aus Deutschland, seien dagegen vielfach Profiteure des massenhaften Missbrauchs. Denn sie würden sich oft osteuropäischer Subunternehmer bedienen.

### Harte Konkurrenz

**Der Mindestlohn** von 8,50 pro Stunde gilt seit Anfang des Jahres in Deutschland.

**Für ausländische Lkw-Fahrer** gilt der Mindestlohn ebenfalls, sagt der Berufsverband Camion Pro. Allerdings nur für den Fall, dass sie im Land die transportieren Ware auf- oder abladen.

Deutschen Behörden wirft die aus einem Schutzverband hervorgegangene Camion Pro vor, auch ein halbes Jahr nach Einführung des Mindestlohns in Deutschland dessen Einhaltung bei ausländischen Lastwagenfahrern nicht zu prüfen.

Über 200 Lkw-Lenker aus Osteuropa hat Camion Pro in den letzten Wochen angesprochen, um über deren Arbeitsbedingungen Auskunft zu erhalten. Reden wollte nur jeder Dritte. „Es herrscht ein Klima der Angst“, erklärt Mossysch. Keiner der auskunftswilligen Fahrer aus Ländern wie Rumänien oder Bulgarien habe für seine Fahrzeit auf deutschen Straßen den hiesigen Mindestlohn erhalten. Teils seien sie für monatlich 250 Euro brutto

**Bei Transitfahrten**, wenn Deutschland also nur durchquert wird, gelte der deutscher Mindestlohn aber nicht.

**Der Zoll** ist für die Kontrolle zuständig.

**Camion Pro** ist Berufsverband der Spediteure in Deutschland und Schutzgemeinschaft zugleich.

ein Vierteljahr in Deutschland oder anderswo in Westeuropa unterwegs bei zwölf bis 16 Stunden Tagesarbeitszeit.

Deutschen Behörden wirft Mossysch neben Untätigkeit auch Naivität vor. „Es fehlt die Vorstellungskraft, mit wem man es zu tun hat“, klagte der Experte und sprach von einer osteuropäischen Lkw-Mafia. Ein befragter Lastwagenfahrer aus Bulgarien habe berichtet, dass sein Arbeitgeber bei allen 70 Lastwagen seiner Spedition den Fahrtenschreiber so manipuliere, dass der während der Fahrt auf Ruhezeit gestellt werden könne. „Dann kann man unbegrenzt fahren“, stellt Mossysch klar.

Camion Pro übergebe den Fall nun mit einer Liste aller manipulier-

**Rund 450 Unternehmen** sind in dem Verband organisiert.

**Der Konkurrenzverband**, der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSL) vertritt dagegen rund 3 000 Mitglieder.

**Der Umsatz** der Branche liegt ungefähr bei 80 Milliarden Euro im Jahr.

ten Lastwagen an Ermittlungsbehörden. Dem Informanten habe man zuvor versprechen müssen, anonym zu bleiben. „Sonst ziehen sie mich tot aus dem Fluss“, habe er gewarnt. Das sei krass, aber auch kein Einzelfall, stellte Mossysch klar. Auch er selbst sei schon einmal nach dem Anprangern von Missständen in der Branche mit dem Tode bedroht worden.

### Beistand bei Klagen

Camion Pro bietet osteuropäischen Lastwagenfahrern, die hierzulande ohne Mindestlohn unterwegs sind, nun Hilfe bei Klagen vor deutschen Arbeitsgerichten an. Per Durchgriffshaftung könnten sie auch deutsche Auftraggeber osteuropäischer Subunternehmer verklagen und Prozesskostenhilfe beanspruchen.

Wer einen Monat lang auf deutschen Straßen fahre und mit Hungerlöhnen abgespeist werde, dem entgingen rund 1 700 Euro monatlich, rechnete Mossysch vor. Diese Dimension und der Umstand, dass auch bis zu drei Jahre rückwirkend geklagt werden kann, sei trotz Ängsten ein starkes Motiv, vor den Kadi zu ziehen. Viele osteuropäische Lastwagenfahrer seien auch verzweifelt. Ihre Arbeitsbedingungen seien nach eigenen Angaben schlechter als zu Zeiten des Sozialismus.